

STEUER-ERKLÄRUNG

Nicht unberechtigt schimpft der Bürger über die Steuer-Last, die höchste Abgabenquote aller Zeiten. Als Last werden die Zwangs-Abgaben eines Staates zur Finanzierung allgemeiner Aufgaben empfunden. Daraus entstehen Steuer-Unlust und Steuer-Vermeidung. **Das Versäumnis der Regierungen besteht darin, die Verwendung der Steuern nicht für den Bürger durchsichtig zu machen.** Es mag wenige Bürger geben, die den ursprünglichen Sinn der Steuer, ihnen indirekt wieder zugute zu kommen, noch nachvollziehen. Eher betrachten sie diese als leidige Abgabe, die ihr verfügbares Einkommen schmälert, ganz abgesehen von den Steuerver-schwendungen, die der Steuerzahlerbund auf etwa 30 Milliarden Euro pro Jahr veranschlagt.

Politiker führen als Ursache für diese Einschätzung gern „mangelnden Gemeinsinn“ an (über den sie selbst offenbar verfügen). Wäre dies richtig, so läge eine weitere eklatante Fehlleistung der Regierung vor, nämlich mangelhafte „Aufklärung“ betrieben zu haben.

Es sind aber ganz andere Gründe, die tatsächlich oder stimmungsbildend für dieses mangelnde Ansehen, das Steuern genießen, maßgebend sind. Dazu gehört die **negative Vorbildwirkung bestechlicher Politiker, die mit betrügerischen Machenschaften bis hin zum Straftatbestand agieren.** Wie soll man es dem Bürger verdenken, wenn er – sei es auch in viel kleinerem Maße – „an der Legalität vorbei“ disponiert? **Und darf der Bürger kein mulmiges Gefühl haben, wenn er unersättlichen Politbetrügnern sein Geld zur treuhänderischen Verwaltung aushändigt?** Die Winkelzüge in der immer rabiatere – weitgehend auf Inkompetenz beruhenden – Geldbeschaffung des „Staates“ werden immer zudringlicher und schamloser als „notwendig“ bezeichnet. Betrug das Steueraufkommen im Jahre 1950 noch 41,6 Milliarden Euro so stieg es bis 2001 auf 446,2 Milliarden Euro an, wobei die Lohn-/Einkommensteuer und die Mehrwertsteuer jeweils etwa 140 Milliarden Euro einbringen. Ein Anteil von 20% der Steuerpflichtigen, sogenannte Besserverdienende mit einem Einkommen über rund 48.500 Euro/Jahr leisten etwa 66 % der Steuern, während 50 % mit einem Einkommen unter rund 30.000 Euro/Jahr knapp 10 % erbringen. Man wird leicht erkennen, dass im Grunde eine auf Solidarität beruhende Verteilung vorliegt, sodass am Prinzip wohl kaum Änderungen notwendig werden. Die Diskussion etwa um die Erfindung neuer oder die Wiedereinsetzung alter (nicht rechtmäßiger) Steuern, wie die Vermögensteuer ist überflüssig, zumal nach dem Prinzip der „Weizsäcker-Schere“ der Staat bei Wiedereinführung schon innerhalb von 5 Jahren auf 2 % des Bruttoinlandsproduktes verzichten müsste. **Nicht die Verteilung der Steuerlast ist – abgesehen von der völlig ungerechtfertigten Bevorteilung der Kapitalgesellschaften durch Steuerbefreiungen – das Übel, sondern die Steuerhöhe.**

Bei einem Ehepaar mit einem Alleinverdiener und 2 Kindern und einem angemessenen Bruttogehalt von 4.000 Euro beträgt durch direkte und indirekte (Verbrauchs-)Steuern die Steuerlast 48,3 %, d. h. **fast die Hälfte des verdienten Geldes geht in die Taschen von „Vater Staat“!**

Bei durchschnittlichen Familien mit 2 Kindern liegt – trotz Kindergeld – das nach direkten und indirekten Steuern verbleibende Einkommen mehr als 150 Euro unter dem Existenzminimum, denn: **Deutschland hat den weltweit höchsten Anteil indirekter Steuern und Sozialbeiträge.**

Zum schlechten Image der Besteuerung trägt überdies deren Undurchsichtigkeit bei, welche Steuerungerechtigkeiten und Steuerhinterziehung Tür und Tor öffnet. **Der Steuerschubel mit seinen 36 verschiedenen Steuerarten und 7 verschiedenen Einkunftsarten und unzähligen Sonderregelungen ist mittlerweile so undurchdringlich geworden, dass ihn selbst Finanzbeamte und Steuerberater nicht mehr durchschauen können.** (Die sogar bei kleinen Betrieben nicht nur vereinzelt auftretenden Fehlbuchungen der Finanzämter sprechen hier eine deutliche Sprache.) **Selbst der Steuergesetzgeber blickt nicht mehr richtig durch,** muß er doch mehr und mehr die Gerichte einschalten.

Ein weiterer Kritikpunkt besteht darin, dass **Steuern nicht sachgerecht verwendet werden, sondern zum Machterhalt der Parteien dienen.** Zum Beispiel wird in der gerade anstehenden „Reform“ die Mehrwertsteuer für Bahnfahrten gesenkt, weil dies die Stammwähler der Grünen besänftigt, sogleich wird sie für landwirtschaftliche Vorprodukte erhöht, weil nur wenige Bauern SPD wählen. Dass sich die Regierung an Hundefutter schadlos halten will sei nur der Lächerlichkeit wegen erwähnt. **Insgesamt stellt sich in der Steuergesetzgebung und der Besteuerung ein chaotischer Zustand dar, der noch zusätzlich durch das Hüh und Hott der Regierung verwirrt wird, die auch nichts anderes kennt, als Steuererhöhungen anstelle der Steuerminderungsversprechen vor der Wahl.**

Damit aber setzt sie einen verheerenden Automatismus in Gang: Der Steuerpflichtige weicht – je nach Potential – entweder in die Schwarzarbeit oder die Steuerflucht aus. Die Schwarzarbeit – 1975 bei etwa 29 Milliarden Euro – wird im Jahre 2002 auf etwa 350 Milliarden Euro geschätzt, das entspricht 16,5 % des Bruttoinlandsproduktes bei prognostizierten jährlichen Zuwachsraten von 6 %. In der Folge gehen mehr und mehr bisher seriös arbeitende Handwerksfirmen, um konkurrenzfähig zu bleiben, dazu über, Leistungen auch „ohne Rechnung“ anzubieten, eine weitere Ausuferung der Schwarzarbeit bzw. Steuerhinterziehung.

Die Großhinterzieher, welche sich Experten zum Auffinden von Steuerschlupflöchern leisten können, haben als Steuerflüchtige im Ausland legal 1.030 Milliarden Euro und illegal nochmals geschätzt 400 Milliarden Euro an zinsbringenden Vermögen untergebracht. Man schätzt die nichtangegebenen Zinsen auf etwa 133 Milliarden Euro. Diese Art der Steuervermeidung spiegelt sich auch in der Nettozuwanderung von Deutschland nach der Schweiz; waren dies 1988 noch 2.100, so wurden es 2002 schon 8.175 reiche Deutsche.

Andererseits: **Alle Formen der Steuerhinterziehung und Steuervermeidung stellen eine deutliche Form des zivilen Ungehorsams dar,** der einhergeht mit Politikverdrossenheit und Unsolidarität. Um das Fass

zum Überlaufen zu bringen: Die Besteuerung steht nach Auffassung namhafter Juristen im Widerspruch zum Grundgesetz. **Unsere derzeitigen Steuern werden illegal eingezogen.**

Wir brauchen nicht mehr als 4 Steuerarten, meinen angesehene Finanzwirtschaftler. Außerdem ist das Steuersystem gemäß dem Grundgesetz, das als Grundlage die „wirtschaftliche Leistungsfähigkeit“ fordert, zu verändern. Danach würde sich die Steuerbemessungsgrundlage aus den Erwerbseinnahmen abzüglich der Erwerbsaussagen und des existenzsichernden Aufwandes ergeben. Die Streichung der Subventionen, wie dies die „Initiative neue soziale Marktwirtschaft“ fordert, ist unumgänglich.

Als Ergebnis dieser Steuervereinfachung kann die ausufernde Bürokratie reduziert werden, die Steuern gemindert und eine bessere Planungssicherheit für die öffentlichen Haushalte hergestellt werden. Investitionen würden dann nach wirtschaftlicher Sinnhaftigkeit und nicht zur maximalen Steuervermeidung getätigt (mit den bekannten positiven Auswirkungen auf Soziales, Wirtschaft und Steuern).

Mit solcher Vereinfachung aber, so wohltuend sie sich bis hin zur Vermeidung von Zwischenverdienern wie den Steuerberatern auch auswirkt, ist es nicht getan. Das Verständnis des Steuerpflichtigen für die Besteuerung muß geweckt werden. Deshalb: **Nicht nur keine Steuererklärung mit notwendiger Steuer-Erklärung, sondern zusätzlich jede Steuererklärung mit einer Steuerdeklarierung.** Was heißt das? In der Steuererklärung wird ein bestimmter, zunächst nur kleiner Prozentsatz der Steuern bestimmten Ressorts zugeteilt, etwa Bildung/Erziehung/Kultur/Kunst/Verteidigung/UNO-Einsätze usw. Das würde bedeuten, dass der **Bürger via Steuerzahlung von seinem Stimmrecht Gebrauch gemacht.** Im Laufe der Zeit und mit wachsender Erfahrung mit diesem System kann der Verteilungsprozentsatz angehoben werden, solange, bis er einen festen Grundsockel erreicht, dessen Höhe noch festzulegen wäre.

Dieser Vorschlag basiert auf der Tatsache, dass jeder eher Geld für etwas abgibt, das er beeinflussen kann, als es in undurchsichtige Kanäle (bis hin zur Parteienfinanzierung) zu leiten.

Einem Einwand ist noch zu begegnen, die Regierung sei mit solchen Unwägbarkeiten nicht in der Lage, einen realistischen Haushalt aufzustellen und einzuhalten. Dazu ist zunächst zu fragen, auf welche „feste Größe“ sich denn derzeit die voraussichtlichen Steueraufnahmen beziehen. Die Antwort ist erüchtend: auf Schätzungen. Diese können je nach Stimmungslage und politischen Absichten manipuliert werden. Die sich ständig wie von selbst auftuenden Haushaltslöcher sprechen hier eine beredte Sprache. Dieser Sachverhalt bedeutet, dass die Regierung sehr wohl gewohnt ist, mit „Unwägbarkeiten“ umzugehen. Zudem kann sie ja Sicherheitspuffer einbauen und jeweils vom schlechtesten Fall ausgehen. **Steuereinfachheit und Steurdurchsichtigkeit bewirken mehr Steuerehrlichkeit:**